

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badnerland. 1951-1952 1951

3 (28.7.1951)

BADNERLAND



HEIMATZEITUNG FÜR DAS LAND BADEN

Nr. 3

KARLSRUHE, 28. Juli 1951

Einzelpreis 10 Pf.

Komödie um den Heidelberger Bahnhof-Neubau

Im Südweststaat wird Heidelberg von Stuttgart rasch vergessen sein

Es wird im badischen Land niemand geben, der den Kampf um die Finanzierung des neuen Bahnhofes in Heidelberg nicht mit großem Interesse verfolgen würde. Die Sorge der Heidelberger Landtagsabgeordneten Gönnenwein und Neinhäus, daß die Arbeiten über kurz oder lang eingestellt werden könnten, muß sehr groß gewesen sein; denn ihre Reden im Stuttgarter Landtag hatten ernstesten Charakter.

Wenn eine solche „Panne“ (Südweststaatspanne) schon vor der Abstimmung passieren konnte, haben die Heidelberger und die Badener überhaupt allen Grund, den Stuttgarter Versprechungen für die Zeit nach der Volksabstimmung größte Zweifel entgegenzubringen.

Was zum Problem selbst an Pikantem zu sagen wäre, steht nicht in den offiziellen Reden. In den Fraktionssitzungen und im Landtagsrestaurant war hierüber mehr zu erfahren. Nennen wir das Kind beim Namen. Die Württemberger sind vorsichtige Leute und kaufen die „Katze nicht gern im Sack“. Sie wollten lieber abwarten, bis der 16. September herum ist. Die Heidelberger wählen sowieso Südweststaat, war die Meinung in Stuttgart, und außerdem haben die Württemberger andere Sorgen, z. B. die Landeswasserversorgung usw.

Wir trauten unseren Augen nicht, als wir dieser Tage die Heidelberger „Rhein-Neckar-Zeitung“ lasen, die unter Leitung ihres sozialdemokratischen Herausgebers und Chef-Redakteurs Knorr bestimmt nicht in den Verdacht kommt, für das Land Baden einzutreten. In dem Bericht der „Rhein-Neckar-Zeitung“ über die General-Debatte des Württemberg-Badischen Landtages in Stuttgart glaubte der zuständige Schriftleiter die Rede von Finanzminister Dr. Frank mit der großen zwispaltigen Zwischenüberschrift versehen zu müssen: „Großzügige Erfüllung der badischen Wünsche“. In derselben Ausgabe der „Rhein-Neckar-Zeitung“ vom Donnerstag, den 19. Juli, lesen wir im lokalen Teil unter der dreispaltigen Überschrift: „Bahnhofsneubau erneut bedroht“ wie diese „Großzügige Erfüllung der badischen Wünsche“ in Wirklichkeit aussieht.

Wir erinnern uns alle noch, wie die gesamte württembergisch-badische Regierung wenige Wochen vor der Volksbefragung im vergangenen Jahr mit einem Sonderzug in Heidelberg ankam, um Propaganda für den Südweststaat zu machen. Im Brustton der Überzeugung wurde von dem Verständnis der Stuttgarter Regierungstellen für den Bahnhofsneubau in Heidelberg dem gläubigen Volk erzählt.

Oberbürgermeister Dr. Swart erklärte in dem Heidelberger Blatt, er habe vor einiger Zeit gehört, daß der Landtag mehrere Millionen Mark für den Ausbau des Neckar-Kanals in Württemberg genehmigt hätte. In der Auseinandersetzung zwischen Südbaden und

Stuttgart haben die württembergischen Regierungsstellen, vom Ministerpräsident angefangen, immer wieder auf die Unterstützung für Nordbaden hingewiesen. Insbesondere wurde immer wieder die Notwendigkeit betont, so erklärte Heidelbergs Oberbürgermeister, das Verkehrsproblem im Raum Heidelberg-Mannheim zu lösen, die Bahnlinie zu elektrifizieren und die Sackbahnhöfe zu beseitigen. Jetzt, einige Wochen vor der Abstimmung, so sagt Dr. Swart in „Rhein-Neckar-Zeitung“, wäre das, vorsichtig ausgedrückt, eine Unklugheit und würde das Ergebnis der Abstimmung für den Südweststaat ernsthaft gefährden.

Die Empörung in Heidelberg veranlaßte Finanzminister Dr. Frank am Schluß der Generaldebatte am Donnerstag, den 19. 7. 51,

Zeitungsangriffe zurückzuweisen und im übrigen zu erklären, daß er in der Finanzausschußsitzung am 20. 7. 51 neue Möglichkeiten aufzeigen werde, wie das Finanzierungsproblem des Bahnhofsneubaus gelöst werden könne. Man konnte also schon gespannt sein, was sich am nächsten Tag im Finanzausschuß tut.

Um nun die Vorgänge im ganzen Überblick zu können, muß nochmals auf die Verhandlungen in der Donnersitzung des Stuttgarter Landtags eingegangen werden. Die DG-BHE hatte bei der Beratung des Justizetats den Antrag gestellt, einen Betrag von 10 Millionen DM, der für Zwecke der Wiedergutmachung (Nazioffer) in den Etat des Justizministeriums eingesetzt war, zu streichen und das Geld für den sozialen

Wohnungsneubau zu verwenden. Als sich der Abgeordnete Heilmann-Stuttgart mit heftigen Worten gegen den DG-BHE-Antrag wandte, begründete der Abg. Dr. Mocker-Heilbronn (DG-BHE) den Antrag seiner Partei damit, daß im ordentlichen Haushalt für 1950 noch Ausgabereste für die Zwecke der Wiedergutmachung vorhanden seien. Infolgedessen würden die 10 Mill. nicht sofort benötigt und könnten inzwischen für den dringend notwendigen Wohnungsneubau Verwendung finden. Dieser Begründung wurde vom Finanzminister und von mehreren Abgeordneten heftig widersprochen, so daß der Antrag der DG-BHE der Ablehnung des Landtags anheim fiel. Wer hätte es nun für möglich gehalten, daß dieser Wiedergutmachungsbetrag bereits einen Tag später in Zusammenhang mit dem Neubau des Heidelberger Bahnhofs gebracht werden sollte. Das kam so:

In der Finanzausschußsitzung des 20. 7. legte das Finanzministerium eine Übersicht über die im Rechnungsabchluß 1950 gebildeten größeren Ausgabereste vor. Darunter befanden sich im Ordentlichen Haushalt, Verrechnungssstelle II 2/314 unter dem Gegenstand „Wiedergutmachung“ für Nordwürttemberg 6,7 Mill. DM und für Nordbaden 3,1 Mill. DM, zusammen 9,8 Mill. DM. Von derselben Partei, die am Vortrag die Begründung des Abg. Dr. Mocker-Heilbronn zurückgewiesen hatte wurde nun erklärt, daß überraschender Weise tatsächlich nicht verbrauchte Mittel aus Wiedergutmachung 1950 vorhanden seien, was man nicht gewußt habe (!) und man schlage nun vor, hieraus darlehensweise der Bundesbahn die Mittel zu überlassen, um zunächst wenigstens die Arbeiten am Heidelberger Bahnhof nicht einstellen zu müssen.

Es war für jeden Abgeordneten klar, daß hier eine Verlegenheitslösung erster Ordnung geschaffen werden sollte, um der peinlichen Situation zu entgehen in welcher man steckte. Es ist daher einleuchtend, daß nun andere Abgeordnete die nur schlecht frisierte Bruchigkeit des Etats erkannten und beantragten, entsprechende Millionen für den Schulhausbau und die Fördergebiete zur Verfügung zu stellen.

Der Vorsitzende des Finanzausschusses meinte dann schließlich, so gehe es nun doch nicht. Damit hat er genau das gesagt, was auch wir denken. Die württ.-bad. Regierung hat den Neubau des Bahnhofs zugesagt und damit eine blühende Südweststaatspropaganda betrieben. Es steht dieser Regierung schlecht an, mit allen möglichen Winkelzügen zu reagieren. Die Stadt Heidelberg hat es nicht notwendig, auf dem Rücken der Wiedergutmachungsoffer zu einem Überbrückungskredit zu kommen. Wenn Stuttgart den Mund gespielt hat, muß es jetzt auch pfeifen! Die Heidelberger haben aber gelernt aus dieser Sache! Auch der Versuch ist strafbar! Die Heidelberger wissen jetzt, daß nach dem 16. September der Traum von den Stuttgarter Millionen endgültig ausgeträumt ist.

Ad. Kühn, M. d. L.

Dr. Heimerichs Wünsche für Mannheim

Es steht für uns Badener außer Frage, daß sich die Stadt Mannheim immer noch in einer sehr bedrängten Lage befindet. Wir sind hier mit der Stadtverwaltung Mannheim vollkommen einig. Und wir sind auch der Meinung, daß die Stadt Mannheim auf Jahre hinaus weitgehender staatlicher Hilfe und Förderung bedarf. Ebenso vertreten wir gemeinsam die Auffassung, daß unter allen Umständen in möglicher Weise eine Korrektur des Finanzausgleichs zwischen dem Lande und den Gemeinden erfolgen muß, und daß die Gemeinden finanziell wieder auf eigene Füße gestellt werden müssen.

Warum soll Mannheim nicht die eine oder andere Zentralbehörde erhalten? Jedenfalls würden wir z. B. die künftige Wasser- und Schifffahrtsdirektion viel lieber in Mannheim wie in Stuttgart sehen. Für den Fall des Südweststaates aber haben die Stuttgarter diese Behörde schon längst für sich reklamiert bzw. reserviert, und zwar begründet mit ihrer zentralen Lage! Vor allem zum Hochrhein! Da wäre Stuttgart bestimmt vorne und Mannheim hinten. Wir würden das sehr bedauern, aber Mannheim hätte das Nachsehen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Heimerich hat anlässlich des Besuchs der württ.-bad. Regierung in Mannheim sein altes Bekannnis zum Südweststaat erneuert, obwohl er weiß und wissen muß, daß sehr viele Mannheimer nichts Gutes von Großwürttemberg für sich und ihre Stadt erwarten. Dr. Heimerich übersieht merkwürdigerweise völlig, daß im Südweststaat Stuttgart immer wieder an erster Stelle erscheint. Er könnte dies allerdings bisher schon gemerkt haben.

Wenn Herr Dr. Heimerich verlangte, daß für die Städte ein stärkerer parlamentarischer Einfluß stark vonnöten sei, so sind wir hier wiederum durchaus auf seiner Seite. Sicher steht gerade hier Mannheim gegenüber Stuttgart sehr im Hintergrund. In der

Stadt Stuttgart und ihrer nächsten Umgebung wohnen zur Zeit etwa 30 Landtagsabgeordnete, während im Stadt- und Landkreis Mannheim nur 5 M. d. L. ihren Wohnsitz haben. Diesen Vorsprung wird Mannheim nie einholen. Wir heißen aber auch mit uns sprechen, wenn die Städte und Landgemeinden den Wunsch hätten, auf andere Weise einen angemessenen Einfluß im Parlament zu erhalten. Ich persönlich hätte z. B. gar nichts dagegen, wenn man neben der Volkskammer einen Senat schaffen würde. Dort könnten dann auch Vertreter anderer Körperschaften und Organisationen Sitz und Stimme finden. Das wäre für unser Volk ein großer Gewinn. Ich weiß aber heute schon ganz genau, daß es im Südweststaat keine derartige Möglichkeit geben wird.

Wenn Herr Oberbürgermeister Dr. Heimerich der Regierung aus Stuttgart vorgehalten hat, daß das Wohnungsalend nirgends so groß sei wie in Mannheim, und daß das Land hier bisher völlig unzulänglich geholfen habe, so vermögen wir dem nicht zu widersprechen. Das wird schon stimmen. Es trifft unseres Erachtens auch durchaus zu, daß das Land beim Wiederaufbau der zerstörten Schulhäuser in Baden viel zu wenig getan hat. Man hat nämlich nie den bei uns viel größeren Zerstörungsgrad berücksichtigt, sondern in der Hauptsache für sich, d. h. für Württemberg gesorgt, und dies trotz der Bemühungen der badischen Abgeordneten.

Laut „BNN“ hat der Mannheimer Oberbürgermeister zum Schluß die Bitte ausgesprochen, die verantwortlichen Persönlichkeiten der Regierung möchten mehr als bisher dazu beitragen, das Leben in seiner Stadt wieder erträglicher zu gestalten. Wir haben alles Verständnis für diese Bitte und warten nun mit starker Spannung auf die entsprechenden Taten. Aber ich fürchte, wir können das lange warten.

„2-1=5“ Die Geschichte einer Regierung



Ich schlage vor - Wir vereinfachen die Sache...

Eine Regierung allein spart viel Geld...

Die Masse Arbeit schaff ich net allein...

Es müssen Unterregierungen her!

Baden als Vorbild in der sozialen Gesetzgebung!

Ein unfreiwilliges Eingeständnis

Das in Freiburg erscheinende sozialdemokratische Organ „Das Volk“ gesteht in einem von gewerkschaftlicher Seite zugegangenen Artikel zu, daß das Land Baden in der sozialen Gesetzgebung als eines der fortschrittlichsten betrachtet werden kann. Unter der Überschrift „Ein alle Arbeitnehmer interessierendes Problem“ wird in der Zuschrift von gewerkschaftlicher Seite an „Das Volk“ vom 5. Juli 1951 Nr. 80 ausgeführt:

„Vor kurzem hat in Reutlingen eine Funktionär-Konferenz des Bezirks Württemberg-Baden des Deutschen Gewerkschaftsbundes stattgefunden, die sich u. a. auch mit der Frage befaßte, wie bei der in absehbarer Zeit aktuell werdenden politischen Neugestaltung des südwestdeutschen Raumes die bisher in Südbaden geltenden sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Bestimmungen behandelt werden sollen. In einer Entscheidung, die im Südwestdeutschen Rundfunk bekanntgegeben wurde, stellte sich die Gewerkschaftsvertreter-Konferenz auf den Standpunkt, daß die in Fragen kommenden Bestimmungen nicht nur erhalten, sondern möglichst auf die neugeschaffenen Länder ausgedehnt werden müßten, ob nun die Entscheidung, die im Wege der Volksabstimmung im September getroffen werden soll, auf die Schaffung des Südweststaates lautet oder auf die Wiederherstellung des alten Landes Baden.“

Mit dieser Entscheidung ist nun aber die Sache nicht erledigt, sondern die Gewerkschaftsbewegung muß durch ihre Vertreter im Verein mit den Parteien auf die verschiedenen Landesregierungen einzuwirken versuchen, damit auf alle Fälle eine Sicherung für die Weitergeltung der in Betracht kommenden sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen gesetzlichen Bestimmungen getroffen wird.

Um welche Gesetze und Bestimmungen es sich hier handelt, sei kurz angeführt. In erster Linie kommt in Betracht das Badische Betriebsrätegesetz und das damit im Zusammenhang stehende Gesetz über die Bildung von Fachkommissionen. Auf dem heute so aktuellen Gebiet des wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer sind die genannten Gesetze wohl diejenigen, die am weitestgehenden von allen diesbezüglichen Gesetzen der Länder der Deutschen Bundesrepublik, dieses Recht in die Tat umzusetzen versuchen. Im Badischen Betriebsrätegesetz ist weiterhin auch den Beamten, Angestellten und Arbeitern bei den Behörden und Verwaltungen die Bildung von Personalräten gewährleistet, die in gewissem Umfang auch das Mitbestimmungsrecht der im öffentlichen Dienst stehenden Personen wahrnehmen, wie auch die in öffentlichen wirtschaftlichen Betrieben und Unternehmungen Beschäftigten ihre Betriebsvertretungen haben. Auch der Kündigungsschutz aller Arbeitnehmer ist im Badischen Betriebsrätegesetz im sogenannten Kündigungswiderruf-Paragraphen (§ 35) festgelegt, ohne ein besonderes Gesetz dafür zu schaffen.

In bezug auf die Schlichtung von Lohn- und Tarifstreitigkeiten hat die südbadische Gesetzgebung eine gesetzliche Regelung getroffen, die weitgehend Unterschiede gegenüber der übrigen Ländergesetzgebung auf dem Gebiete aufweist. So sieht das Gesetz vor, daß innerhalb der einzelnen Industrie- und Berufskreise von Arbeitgeber und Arbeitnehmern paritätische Schlichtungsinstanzen gebildet werden können, die ihre Streitigkeiten selbst regeln. Wenn diese Möglichkeiten nicht zu einem Resultat führen, kann der vorhandene Landesschiedlicher bzw. der Landesschlichtungsausschuß eingreifen, wenn das öffentliche Interesse es erfordert, wie auch Arbeitgeber und Gewerkschaften entweder gemeinsam oder gesondert diese Instanzen anrufen können, und diese berechtigt sind, unter Strafandrohung die Parteien vorzuladen. Die gefällten Schiedssprüche können auf Antrag einer Partei für verbindlich erklärt werden. Die überaus niedrige Zahl von Streiks in Südbaden ist wohl zum größten Teil auf diese Möglichkeiten der gesetzlichen Schlichtung von Lohn- und Tariftendifferenzen zurückzuführen.

Auch das badische Gesetz über die Aufhebung des Lohnstopps sieht im Gegensatz zu der Regelung in den anderen deutschen Ländern auch eine Festlegung und Sicherung der Löhne nach unten vor, wie auch in diesem Gesetz die Möglichkeit gegeben ist, durch das Ministerium Löhne in Berufsgruppen und Industrien festzusetzen, wo mangels eines Tarifpartners keine Tarifverträge zustande kommen. Auch das Badische Urlaubsgesetz gehört mit zu den fortschrittlichsten auf dem Gebiete. Dann hat Südbaden durch die Schaffung eines Landwirtschaftsrates, in welchem die Gewerkschaften stark vertreten sind, einen interessanten Versuch auf diesem Gebiet gemacht, wenn diese Institution auch bloß eine beratende Funktion hat.

Zu erwähnen wäre auch noch die Einrichtung, daß Betriebsjubilare mit 40-, 50-

und 60jähriger Betriebszugehörigkeit durch Glückwunschkarten und geldliche Ehrengaben ausgezeichnet werden. Nicht vergessen dürfen auch werden die erheblichen Zuschüsse, welche das Land Baden bisher der gewerkschaftlichen Bundesschule in Rheinfelden gewährt hat. Fortschrittliche Regelungen auf sozialpolitischem Gebiet (Selbstverwaltung bei den Krankenkassen, Kriegopferversorgung usw.) sind leider schon durch ungünstigere Bundesbestimmungen abgelöst worden.

Es gilt aber nun auf alle Fälle die arbeitsrechtlichen Regelungen auf den eingangs

erwähnten Gebieten zu erhalten und für die Zukunft festzulegen, ganz gleich, ob die Neuordnung der politischen Verhältnisse im Südwestraum den Südweststaat oder die Wiederherstellung des alten Landes Baden bringen werden.“

Soweit die Zuschrift von gewerkschaftlicher Seite an das sozialdemokratische Freiburger Organ. Aus dem unfreiwilligen Zugeständnis ist ersichtlich, daß im Lande Baden für die sozialen Belange der Angestellten und Arbeiter großes Verständnis besteht. Die Arbeiter und Angestellten werden sich das merken müssen, wenn am 16. September die Abstimmung darüber zu entscheiden hat, ob Gesamt-Baden wiederhergestellt wird oder das fragwürdige Gebilde eines Südweststaates entstehen soll.



Merkt Du was – Badener?
Schon streicht man das „B“ am Nummernschild und Du fährst als Württemberger
So fängts an!

Keine Verwaltungseinsparungen beim Südweststaat

Die Anhänger des Südweststaates haben es eingesehen, daß die Legende von den „wesentlichen Kosteneinsparungen durch den Südweststaat“ ein Traum war. Sie wissen, daß sie mit ihrer Behauptung, die Zusammenlegung der Länder Baden und Württemberg brächten erhebliche Einsparungen an Verwaltungskosten, nicht durchkommen. Staatspräsident Dr. Gebhard Müller aus Tübingen, dessen Aussichten, erster Staatspräsident des Südweststaates zu werden, aus Gründen, auf die wir noch eingehen werden, in immer weitere Ferne entschwinden, hat auf dem CDU-Parteitag in Stuttgart ganz bescheiden erklärt, daß durch den „dezentralisierten Südweststaat“ keine „erhöhten“ Kosten entstünden. Der Fraktionsvorsitzende der SPD Württemberg-Baden, Abg. A. Möller, hat ihm inzwischen im Landtag eine Antwort erteilt, in welcher der südwürttembergische Staatspräsident beim besten Willen nichts mehr von „Dezentralisation“ entdecken wird.

Es gibt aber noch andere Beweise, die klar erkennen lassen, daß es Stuttgart weder jetzt noch in einem Südweststaat mit Verwaltungseinsparungen in der Zentrale Stuttgart selbst absolut nicht ernst ist. Wir verweisen hier auf die Oppositionsrede des Fraktionsvorsitzenden der DG-BHE, Finanzminister a. D. Mattes im Landtag, der die „Einsparungspraxis“ der Stuttgarter Regierung schonungslos enthüllte. Er erklärte: „20% Personalverminderung sind in der Zentralverwaltung (des Stuttgart) verlangt worden. Was ist aber herausgekommen?“

Das Wirtschaftsministerium Stuttgart hatte 1950 laut Etat 244 Stellen, der Rechnungshof hatte 114 für genügend erachtet. Das Arbeitsministerium Stuttgart hatte 71 Stellen, der Rechnungshof hatte 40 und der ministerielle Ausschuß 31 Stellen für genügend erachtet. Das Landwirtschaftsministerium verfügte lt. Etat 1950 über 378 Stellen, während der Rechnungshof 274 für genügend hielt. Im Etat 1951 sind trotz Einsparungsverlangen beim Landwirtschaftsministerium noch 17%, beim Wirtschaftsministerium 18%, beim Arbeitsministerium 50% mehr Stellen vorhanden, als der Rechnungshof es für ausreichend erklärt hatte.

Das hindert aber die Kreise um die Stuttgarter Regierung nicht, weiterhin das gute Propagandapferd „Verwaltungskosteneinsparung“ für den Südweststaatsabstimmungskampf kräftig zu reiten, obwohl Stuttgart selbst nie ein praktisches Beispiel gegeben hat!

Vom Stuttgarter Standpunkt ist das ganz logisch. Abgebaut wird Tübingen und Freiburg sofort, Karlsruhe wird folgen. In Stuttgart selbst muß man sich auf die „anfallenden neuen Aufgaben“ vorbereiten. Eine Vermehrung der Verwaltungsstellen wird dort „unumgänglich“ notwendig sein und das in einem Ausmaß, daß selbst dem Stuttgart hörigen Bund der Steuerzahler die Augen übergehen werden.

Stellenbesetzungen im „Kleinen Südweststaat“

Es ist für die badische Bevölkerung nichts neues, daß die Personalpolitik im „Kleinen Südweststaat“ fast ausschließlich im württembergischen Interesse vorgenommen wird. Das könnte man an unzähligen Beispielen demonstrieren und die Bevölkerung Nordbadens macht sich darüber im Hinblick auf die bevorstehende Abstimmung, ob das Land Baden wieder hergestellt werden soll, ihre eigenen Gedanken.

Zwei Stellenbesetzungen der neuesten Zeit sind für die nordbadische Bevölkerung nicht uninteressant und daher seien sie hier mitgeteilt. Ministerpräsident Maier hat den ehemaligen Hauptmann der früheren württembergischen Schutzpolizei Emil Deffner zum Polizeirat ernannt und mit der Leitung der Bereitschaftspolizei in Württemberg-Baden betraut. Deffner ist selbstverständlich Württemberger, ebenso wie sein Stellvertreter, der Leiter des Aufstellungsstabes, Hauptkommissar Kilian Weimer, der gleich-

falls der alten württembergischen Polizei angehört hatte.

Im Einverständnis mit der Tübinger Regierung hat das württembergische Kabinett den Oberregierungsrat Karl Lang, Stuttgart, zum Leiter des gemeinsamen Landesversorgungsamtes für Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern ernannt. Dem Landesversorgungsamt unterstehen in beiden Ländern 21 Versorgungshilfsstellen. Lang ist natürlich ebenfalls Württemberger, denn in Baden findet man anscheinend keine geeignete Persönlichkeiten.

So werden die Schlüsselstellungen jetzt schon im „Kleinen Südweststaat“ besetzt und wie wäre es erst, wenn der Wunschtraum der Württemberger und ihrer Gefolgsmänner in Nordbaden in Erfüllung ginge und der Südweststaat käme. Das badische Volk ist aber auf der Hut und am 16. September wird es die Antwort auf all die Dinge geben, gegen die es im Zeichen des Demokratie zunächst einmal machtlos ist.

Dank der Heimatvertriebenen

(dip) Der Landesverband Baden des allgemeinen Beamtenverbundes a. V. hat im Namen der verdrängten Beamten und der anderen in Artikel 131 des Grundgesetzes erwähnten Personen (versorgungsberechtigte Flüchtlinge und Vertriebene) der badischen Regierung dafür gedankt, daß sie im Bundesrat für die sofortige Verabschiedung des Bundesgesetzes über die Versorgung und Unterbringung dieses Personenkreises eingetreten sei. In der Erklärung des Verbandes wird betont, daß ohne die Stimmen der Länder Baden und Bayern das Gesetz im Bundesrat zu Fall gekommen oder an den Vermittlungsausschuß überwiesen und damit weiter verzögert worden wäre.

Baden hat sich schon stets besonders um die Heimatvertriebenen angenommen. Es wurde z. B. nicht nur die Hausratshilfe nach der Soforthilfe schneller als in verschiedenen anderen Ländern durchgeführt, sondern es wurde auch eine von keinem anderen Bundesland gewährte „Flüchtlingsbeihilfe“ eingerichtet, die sich durch Lieferung von gutem Hausrat (Küchengeräte, Betten, Matratzen, sonstige Möbel usw.) betätigt. Diese Flüchtlingsbeihilfe kauft den Hausrat in groß ein und stattdessen die Flüchtlingswohnungen aus, Baden war und ist auf dem Gebiet der Heimatvertriebenen-Versorgung seiner sozialen Einstellung gemäß im gesamten Bundesgebiet führend. Die aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen nach Oberbaden kommenden Heimatvertriebenen sind über die ihnen hier gewährte zusätzliche Hilfe angenehm überrascht, da sie eine dringende Unterstützung an ihren bisherigen Flüchtlingswohnplätzen nicht gefunden hatten. Die über dem Bundesdurchschnitt liegenden Leistungen des Landes Baden zur Linderung der Flüchtlingsnot werden nicht nur von den einzelnen, sondern auch von Organisationen der Heimatvertriebenen immer wieder dankbar anerkannt.

Hinter den Kulissen der Mannheimer Südweststaattler

Die Mannheimer Südweststaattler wollen den Abstimmungskampf am 15. August eröffnen. Zu diesem Zweck soll in dieser Woche der Arbeitsausschuß neu konstituiert werden. Der 1. Vorsitzende soll der Mannheimer Stadtrat und Geschäftsführer der SPD Mannheim Jakob Ott werden, dem als 2. Vorsitzender der CDU-Landtagsabgeordnete und Direktor des Mannheimer Arbeitsamtes August Kuhn beigegeben werden soll. Die CDU-Wähler Mannheims werden über diesen Entschluß sicher höchst entrückt sein. Als Sekretär wurde Herr Sekirka bestimmt, der bei der ersten Volksbefragung in Freiburg bei dem Südweststaattler Lehr tätig war.

Der „Verein Kurpfalz“, der beim ersten Wahlkampf die Propaganda für die Südweststaattler machte, ist diesmal ausgeschaltet worden, da Dr. Siebler versagt hätte. Es ist interessant, daß der Ausschuß Mannheim diesem Verein heute noch Geld schulden soll. Im übrigen stammen diese Gelder von der Stadt Mannheim, wo sie auf Veranlassung des Oberbürgermeisters Helmerich dem „Verein Kurpfalz“ als Unterstützung zugewiesen wurden. Der „Verein Kurpfalz“ ist beauftragt, hauptsächlich in der Pfalz die Idee des Südweststaates zu propagieren. Stützpunkte hat der Verein in Germersheim, Kaiserslautern und Frankenthal.

Landesbezirkspräsident Dr. Unser muß nachgeben!

Jeder Beamte kann sich für Baden beteiligen!

In einem Erlaß Nr. 3512 vom 9. 5. 1951 hatte der nordbadische Landesbezirkspräsident Dr. Unser es für wünschenswert erklärt, daß die Bediensteten des Landes Württemberg-Baden über alle mit der Bildung des Südweststaates zusammenhängenden Probleme aufgeklärt werden. Teilnahme an Besprechungen über die Bildung des Südweststaates sollte ermöglicht, Dienstbefreiungen hierfür bewilligt werden.

Dieser Erlaß war für die Landtagsabgeordneten Adolf Kühn und Dr. Werber Veranlassung, eine Anfrage an die Regierung zu richten. Es erfolgte eine schriftliche Beantwortung durch den Innenminister Ulrich, die wir nachstehend veröffentlichen. Sie lautet:

1. Der Erlaß vom 9. 5. 51 gilt auch für die Staatsbediensteten, die Anhänger des Landes Baden sind. Eine dienstliche Verpflichtung ist in dem Erlaß nicht ausgesprochen. Er beruht nur, daß alle Bediensteten, auch soweit sie für die Wiederherstellung des alten Landes Baden eintreten, sich mit den mit der Bildung des Südweststaates zusammenhängenden Problemen befassen und hierbei die erforderliche Aufklärung erhalten.

2. Durch den Erlaß wird keinem Staatsbediensteten verwehrt, sich im Sinne der Wiederherstellung des alten Landes Baden zu betätigen. ger. Ulrich.

Daraus geht klar hervor, daß kein Staatsbediensteter zu Südweststaatsbesprechungen gezwungen werden und sich jeder Staatsbedienstete für die Wiederherstellung des Landes Baden betätigen kann.

Der dreifache Irrtum der Südweststaatler

„Baden ist lebensfähig, wenn es das ganze Baden ist“

Die Beratungen über die Neugliederung in den Ländern Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern im Frühjahr im Deutschen Bundestag in Bonn gaben den Vertretern des badischen Volkes noch einmal Gelegenheit, auf die Ungeheuerlichkeit der Vergewaltigung der Rechte des badischen Volkes durch die Annahme des „Blitzgesetzes“ hinzuweisen. Mit aller Deutlichkeit haben einige Abgeordnete des badischen Landes klar herausgestellt, weshalb das badische Volk für den Gedanken des Südweststaates nicht zu haben ist.

Wir veröffentlichen heute die Rede des Freiburger CDU-Abgeordneten Kopf, die er bei der Debatte über das „Blitzgesetz“ im Bundestag gehalten hat, weil sie noch einmal alle die Irrtümer der Südweststaatler klar herausstellt. Bundestagsabgeordneter Kopf (CDU) führte bei der dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Neugliederung in den Ländern Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern folgendes aus:

„Im Namen des Fortschritts“ werde der Südweststaat gebildet, haben wir bei der zweiten Lesung des Gesetzes über die Neugliederung der Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern sagen hören. „Im Namen der Restauration“ werde die Wiederherstellung der alten Länder erstrebt. Wir sind der Auffassung, daß man mit diesen großen Vereinfachungen sparsam umgehen sollte, auch dann, wenn sie wie künstliche Perlen glänzen, und auch dann, wenn das Pathos der großen Revolution in ihnen nachhallt. Im Zeichen des Fortschritts ist die Welt in ihr technisches Zeitalter eingetreten. Im Zeichen des Fortschritts hat sie sich die Waffen geschmiedet, durch die die Wunden entstanden sind, die

noch nicht vernarbt sind. Wenn auch wir das mit einer Art von Vereinfachungen etikettieren wollten, was wir empfinden, dann müßten wir sagen, daß wir die Bildung des Südweststaates als eine Lösung empfinden, die unorganisch, mechanistisch, rationalistisch und aufklärerisch ist.

Ich glaube, daß die Konzeption des Südweststaates ihren Ursprung einem dreifachen Irrtum verdankt: einem Irrtum des Gefühls, einem Irrtum der Vernunft und einem Irrtum des Kalküls. Einem Irrtum des Gefühls insofern, als ihm der unbegründete Optimismus zugrunde liegt, als ob der größere Raum schlechthin schon die bessere Lebensmöglichkeit gewähre, als ob dem größeren Raum das größere Glück einer größeren Anzahl von Menschen entspräche. Gerade das Land Württemberg, unser Nachbarland, ist ein Gegenbeispiel. Gerade dieses Land, das so viele hervorragende Begabungen auf dem Gebiet der Wirtschaft und des Geistes hervorgebracht hat, lehrt uns, daß die Enge des Raumes die Weite des Blickes nicht ausschließt und daß die räumliche Begrenzung den Blick über die Grenze durchaus zuläßt.

Der zweite Irrtum ist wohl ein Irrtum der Vernunft. Er entspringt dem Denken, daß eine künstliche Konstruktion, das Gebilde des Südweststaates, zweckmäßiger und wünschenswerter sei, als die historisch gewachsenen Länder.

Der dritte Irrtum ist ein Irrtum des Kalküls. Es ist die verneinliche Berechnung, daß die Zusammenlegung von Behörden und Dienststellen allein schon eine Verbilligung mit sich bringe und daß diese Verbilligung den Einsatz wert sei, ein Irrtum, auf den ich nachher noch zurückkommen werde.

Das badische Staatsgefühl

Wenn Sie mich nun fragen: Was ist eigentlich der Antrieb dafür, daß wir Badener uns diesen Gedanken des Südweststaates, den wir als eine künstliche Konstruktion empfinden, entgegensetzen? —, dann möchte ich sagen: so wichtig die wirtschaftlichen Argumente auch für uns sind und so wenig sie von uns unterschätzt werden, so kommt unsere Entscheidung zunächst doch aus politischen Quellen. Ich glaube, es kann nicht kürzer und prägnanter als mit den Worten ausgedrückt werden, die vor 30 Jahren, als nach dem ersten Weltkrieg schon einmal der Gedanke des Südweststaates von Württemberg her an uns herangetragen worden ist, ein Badener gesagt hat, ein badischer Konservativer, der zugleich ein badischer Demokrat war. Adam Röder. Er schrieb damals, am 4. April 1919, in der „Süddeutschen Korrespondenz“:

„Über den Stammesarten innerhalb des Reiches stehen die gewordenen Staatsgebilde. Diese sind geschichtlich legitimiert. In Baden hat sich zweifellos, trotzdem drei Stämme in ihm wohnen: Alemannen, Franken und Schwaben, dazu noch die Pfälzer als Separat-Franken, ein badisches Staatsgefühl herausgebildet, das alle Stämme als Exponenten ihres politisch gegliederten Daseins ansehen. Der Staat Karl

Friedrichs hat sich aus der Kunstschöpfung zu einer natürlichen erhoben.“

Es ist darin gesagt worden, daß — gleichgültig, wie die Umstände der Staatswerdung gewesen sind — aus diesem vielleicht durch Zufall ins Leben gerufenen Staat ein wirklicher und ein echter Staat geworden ist und daß sich in diesem Staat auch ein wirkliches Staatsgefühl herausgebildet hat. Diejenigen von ihnen, die den Vorrang — oder ich möchte sagen: das Glück hatten, in einem wohlgeordneten gutverwalteten und räumlich überschaubaren Gliedstaat Deutschlands herauszuwachsen, werden für das Wort „Staatsgefühl“ Verständnis haben, das anderen vielleicht dazu dienen könnte, Argernis zu nehmen. Wir glauben tatsächlich, daß es nicht nur ein badisches Heimatgefühl, sondern auch ein badisches Staatsgefühl gegeben hat und gibt und daß sich dieses Staatsgefühl zu einem deutschen Staatsgefühl durchaus ausweiten kann und daß die tiefsten Quellen und Wurzeln dieses deutschen Staatsgefühls gerade in den Gefühlen liegen, die uns mit dem engeren Raum verbinden. Das ist wohl die eine Quelle unseres Widerstandes, der nicht, wie es der verehrte Kollege Schmid neulich gesagt hat, mit den berüchtigten Dreschlegeln geführt wird, deren zugreifenden Schlag er bereits befürchtet hat, sondern nur mit der Kraft der Herzen.

Wir wollen das ganze Baden

Es kommt etwas zweites hinzu. Wenn Sie die badische Geschichte verfolgen, werden Sie sehen, daß Baden, das als eines der ersten Länder seine Verfassung erhielt, die Pflanzstätte der demokratischen Tradition war. Es waren im Zeitpunkt der Nationalversammlung in der Paulskirche, im Zeitpunkt der 48er Revolution, aber auch in den späteren Jahrzehnten führende Demokraten, die von diesem kleinen Lande aus das Gesicht der liberalen Demokratie ganz Deutschlands mitbestimmt haben. In diesem großen Zug der Taten, derjenigen Taten, deren geistige Nachfahren heute im Begriff stehen, das Land Baden zu zerschlagen, standen Rotteck und Welcker, und ich möchte auch Hecker und Struve nicht ausschließen.

Ich möchte auch nicht die Männer ausschließen, die nach dem ersten Weltkrieg in die Bresche gesprungen sind, nicht Konstantin Fehrenbach und auch nicht Friedrich Ebert. Ich möchte sagen, daß diese demokratische Linie, dieses geistige Erbe, in Baden das Gemeingut aller Parteien und des ganzen badischen Volkes geworden ist. Es ist ein merkwürdiges Paradoxon, daß ausgerechnet die geistigen Nachfahren dieser Traditionslinie nunmehr im Begriff stehen, das Land zu zerschlagen, das sich während eines vollen Jahrhunderts mit Recht als eine Pflanzstätte der Demokratie bezeichnen durfte. So möchte ich Ihnen sagen: der zweite Grund, weshalb wir Baden erhalten wissen wollen, ist der, daß wir es gerade als diese Heimatstatt unseres demokratischen Freiheits erhalten wissen möchten. Es ist von dem Süd-

weststaat gesagt worden: wir müssen einen Block bilden, einen Block vor allem gegen das allzu große Bayern. Uns verbinden jahrzehntelange freundschaftliche Beziehungen gerade mit Bayern. Wir sind nicht daran interessiert, irgendwie an einer Blockbildung mitzuwirken. Wir sind kein Block, wir sind eine Brücke, die uns vor allem auch mit dem Westen und dem Südwesten, mit Frankreich und mit der Schweiz verbindet.

Sie wissen, daß wir immer eine Brücke zu Württemberg gewesen sind. Baden ist lebensfähig, wenn es das ganze Baden ist. Wir wollen das ganze Baden. Baden ist wirtschaftlich lebensfähig. Es bildet eine Einheit, die durch den Bogen des Rheins zusammengefaßt ist. Dieses Land ist durch seine Bodenschätze und seine Fruchtbarkeit besser und auch reicher gestellt als Württemberg. Baden beherbergt Minerale der verschiedensten Art. Es beherbergt die Wasserkraft, an deren Ausbau Württemberg im Jahre 1920, als die ersten Maßnahmen getroffen wurden, nicht teilnehmen wollte.

Heute, nachdem das badische Volk eine halbe Milliarde Mark aufgewendet hat, um diese Wasserkraft auszubauen, dürfte Württemberg allerdings sehr stark daran interessiert sein, an ihnen auch teilzuhaben. Baden hat eine wohl dezentralisierte Wirtschaft. Wir befürchten allerdings — und das darf ich offen hier aussprechen —, daß die Verbindung mit Württemberg manche Benachteiligungen für unsere Wirtschaft bringen kann. Die Wirtschaft ist freizügig. Sie bedarf zu ihrer Entfaltung an sich nicht der

Aufhebung der politischen Grenzen. Wohl aber ist zu befürchten, daß die politische Einflußnahme Kraftströme, die im Lande Baden vorhanden sind, in andere Gebiete abzuweichen vermögen. Ich denke an das scharfe Konkurrenzverhältnis zwischen dem Rhein-Neckar-Kanal, der tariflich begünstigt ist, und den Rheinhäfen von Mannheim, Karlsruhe und Kehl, die je bis heute nicht

Ablenkung des Verkehrs nach Osten

Ich denke daran, daß versucht worden ist, den Bahnverkehr gleichfalls nach Osten abzuleiten. Wir befürchten auch hier Benachteiligungen für die Zukunft. Wir wären sehr wohl dazu bereit gewesen, im Rahmen der Erhaltung unserer Staatlichkeit, in all den Punkten, in denen berechnete württembergische Interessen vorliegen, das Angebot einer Verwaltungsgemeinschaft, vor allem auch bezüglich der Wasserkraft, der Wasserkraftwerke und auch der anderen Wasserversorgung, zu machen. Baden ist aber nicht nur wirtschaftlich, es ist auch finanziell lebensfähig, wenn es das ganze Baden ist. Das relativ kleine klassenmäßige Haushaltsdefizit des Landes Baden erklärt sich aus den überhöhten Besatzungskosten und den sehr hohen Sozialausgaben. Diese Sozialausgaben betragen in Baden 80 Millionen DM, während sie in Nordwürttemberg-Baden, soviel ich weiß, wesentlich weniger betragen. Wir sehen mit Erstaunen, daß die finanzpolitische Lage Nordbadens sich keineswegs verbessert hat, daß das Abkommen an Einkommensteuer und Umsatzsteuer in den letzten Jahren durch die Verbindung mit Württemberg zusehends zurückgegangen ist, während sich das badische Steueraufkommen in einer aufsteigenden Linie bewegt hat. Wir sehen aber auch, daß in Baden immer eine sparsame Verwaltung gehandhabt worden ist. Es ist uns von

wieder ihren vollen Aufbau erfahren konnten. Ich denke an die Ablenkung des Verkehrs. Ich denke daran, daß die Autostraße, die an sich durch die natürliche Rheintallinie vorgesehen war, bei Bruchsal abgelenkt worden ist und dort nicht nach dem Süden zur Schweiz, sondern nach dem Osten, nach Stuttgart und München, verläuft.

anderer Seite gesagt worden, die Zusammenlegung der Länder habe wesentliche Ersparnismaßnahmen zur Folge. Es gibt über diesen Punkt wohl kein unbefangeneres Zeugnis als das, das der Württembergisch-Badische Städteverband am 12. November 1949 geschrieben hat und das ich mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten vorlesen darf:

„Es ist ebenso beliebt wie irreführend, den Südweststaat zu fordern wegen der dabei zu erzielenden Ersparnis an Verwaltungskosten: denn eine solche Ersparnis kann, jedenfalls in einem irgendwie fühlbaren Ausmaß, aus diesem Anlaß nicht entstehen, einmal weil die Kosten der obersten Regierungsorgane, die hier allein in Betracht kommen, nicht so hoch sind, daß sie bei einem Etat von 1700 Millionen DM eine Rolle spielen, vor allem aber deshalb, weil durch die mit der Bildung des Südweststaates fest verbundene Einrichtung von 4 Regierungsbezirken jede etwa mögliche Ersparnis mehr als ausgeglichen wird.“

Ich habe diesen Worten des Württemberg-Badischen Städteverbandes meinerseits nichts hinzuzufügen. Es ist nun dem Hohen Hause in dritter Lesung der Entwurf des Ausschusses vorgelegt worden, der die Abstimmung in den vier Abstimmungsbezirken vorsieht. Ich habe in der zweiten Lesung bereits die rechtlichen Bedenken ausführlich vorgetragen, die wir gegen diese Lösung haben.

Wir wollen die Freiheit der Entscheidung

Es waren rechtliche Bedenken, und eines von ihnen ist sogar vom Herrn Kollegen Schmid als ein ernstes Bedenken bezeichnet worden. Ich werde diese rechtlichen Bedenken heute nicht wiederholen. Aber ich möchte Ihnen sagen, daß wir in diesem Abstimmungsmodus, den Sie uns vorschreiben wollen, nicht nur die Verletzung von Rechtsvorschriften, sondern auch eine Unbilligkeit erblicken, weil hier ein Abstimmungsergebnis, das von anderer Seite gewünscht wird, uns aufgezwungen wird. Wir müssen diese rechtlichen Bedenken aufrechterhalten.

Es ist vom Herrn Kollegen Maier darauf hingewiesen worden, daß die Verhandlungen, die in zwei oder drei Jahren zwischen den verschiedenen Staatschefs geführt worden sind, nicht zu einem Ergebnis geführt haben. Auch ich bedaure das. Aber wenn Sie fragen, worauf dieser Mißerfolg zurückzuführen ist, dann doch nur darauf, daß von den anderen Verhandlungspartnern stets und immer nur das eine Ziel der Bildung des Südweststaates als Richtschnur genommen worden ist, während von badischer

Seite immer verlangt worden ist: Wir wollen die Freiheit der Entscheidung haben. Und um diese Freiheit der Entscheidung geht es auch heute. Wir können in der Ausschlußvorlage nicht die Grundlage für diese Freiheit der Entscheidung erblicken.

Vor diesem Hohen Hause und vor dem deutschen Volk möchte ich namens der badischen Abgeordneten der CDU unsere Rechtsverwahrung zum Ausdruck bringen gegen die Nichtberücksichtigung der alten Länder bei der Abstimmung, gegen die Zugrundelegung der Besatzungsgrenzen und gegen die Majorisierung des badischen Volkes gegen seinen Willen. Der Segen der Erde ruht nicht auf dem Bruch des Rechts. Wenn in diesem Hohen Hause sich heute eine Mehrheit dafür finden sollte, um das Ende des Landes Baden, das immer auf der Seite der Freiheit stand und das seinen einzigen Ruhm in der Entfaltung seiner demokratischen Einrichtungen erblickte, durch eine Kränkung des Rechts zu besiegeln, dann allerdings senkt sich die Fahne Badens in Trauer und Schmerz.“

„Glückliches Nordbaden – armes Südbaden“

Unter dieser Überschrift veröffentlicht das Monatsblatt „Südwestdeutsche Presse“ in Nr. 6 vom Juni 1951 eine Reihe von Behauptungen, die mit dem Anspruch auf Richtigkeit die Finanzschwäche des Landes Baden dartun sollen. Auf diese Anwürfe wird noch im besonderen einzugehen sein. Für heute nur das Folgende:

Das Südweststaatsblättchen behauptet, das Amtsgericht Emmendingen habe nicht einmal mehr das Porto, um die großen Stöße von Zahlungsbefehlen und Gerichtszustellungen zu frankieren, obwohl doch hierfür von den Antragstellern Kostenvorschüsse geleistet worden seien. Jedermann stehe es frei, nachzuprüfen, ob dies stimme. Nun, wir, die Arbeitsgemeinschaft der Badener, haben uns der Mühe der Nachfrage unterzogen und sowohl vom Badischen Justizministerium, wie auch vom Amtsgericht Emmendingen wird uns bestätigt, daß diese Behauptung drolle und zweckbestimmte Lüge ist. In keinem Fall ist eine Verzögerung in der Auslieferung der Gerichtspost in Emmendingen festzustellen. Die erforderlichen Betriebsmittel für Portoauslagen und anderes sind laufend vorhanden, und wenn zufällig einmal nicht ausreichend, sind sie sofort ergänzt worden.

Über das Badische Innenministerium wird an derselben Stelle behauptet, daß das Ministerium neuerdings dazu übergehe, mit Firmen und Betrieben nur noch Dienstgespräche als R-Gespräche zu führen. Auch diese Behauptung ist vollständig aus den Fingern gelesen und unwahr. Es sind genügend Betriebsmittel vorhanden, Telefongespräche zu bezahlen und Rückstände oder

Verzögerungen in keinem Falle feststellbar. Gewissen Verdachtsgründen gegen den Verbreiter dieser Unwahrheiten wird nachgegangen werden.

Weiter wird über das Badische Kultusministerium behauptet, daß im Januar 1951 Versetzungen von Lehrern nicht mehr ausgesprochen werden könnten, weil der für die Umzugskosten vorgesehene Haushaltsartikel noch ganze 72.— DM aufgewiesen habe. Auch diese Hintertreppengeschichte ist eine Lüge, auf die das Kultusministerium mit genauen Zahlungsangaben über Lehrerversetzungen, ihre Gründe und ihre vorübergehende Verlangsamung noch eingehen wird.

Das Land Baden (Südbaden) hat auf allen Gebieten der Staatsführung Leistungen aufzuweisen, die diejenigen anderer Bundesländer wesentlich überschreiten. Es darf nur erinnert werden, daß an sozialen Ausgaben seit der Währungsstellung bis 1. 4. 1950 rund 200 Millionen DM mehr geleistet wurden als in dem nur unwesentlich kleineren Württemberg-Hohenzollern. Auch im Bereich des Kultus hält Baden den Vergleich mit jedem anderen Bundesland aus. Auf den Gebieten der Arbeitsgesetzgebung ist es führend im Bundesgebiet. Im Wiederaufbau der Verkehrswege, im sozialen Wohnungsbau usw. überragt es den Bundesdurchschnitt. Und auch die Heimatvertriebenen in Nordbaden haben inzwischen erkannt, daß Südbaden auf diesen Gebieten weitaus mehr leistet als der so gepriesene „kleine Südweststaat“ bisher.

Darum eher „Glückliches Südbaden — armes Nordbaden!“

„Die blaue Königin“

Die Zwetschenstadt Bühl in Baden hat große Zeit — Kleines Kolleg über die Bühler Frühzwetschge

Schon lachen uns aus den Spankörben der Obsthändler die ersten blau-behauchten Pflaumen an. Schon Herbst? danken wir bestürzt bei ihrem Anblick, und für einen Augenblick rührt Melancholie uns an. Bis wir hineinbeißen und in der würzigen Frucht den vollen Saft des Sommers finden. Was da schon im Juli und im August auf den Märkten an Rhein und Ruhr von Frankfurt über Köln, Düsseldorf, Dortmund bis nach Hannover und Hamburg hinauf an den köstlichen Früchten feilgehalten wird, das kommt alles in ganzen Obstzügen aus Bühl in Baden.

Man nähert sich Bühl aus dem Fruchtschwall der sommerlichen Rheinebene heraus. Selbst einige der Schnellzüge der Strecke Frankfurt-Basel halten in Bühl, einer Kreisstadt von ganzen 8000 Einwohnern, die sich allerdings sehr anmutig am Fuß des Schwarzwaldes zwischen Baden-Baden und der Hornisgrunde in einem wahren Wald von Obstbäumen schmiegt. Von der Terrasse der Burg Windeck aus erblickt man über die Zwetschenwipfel hinweg die nahen Rebhänge, die so bedeutende Kreszenzen wie die Affentaler Roten und die Neuwelner Rieslinggewächse hervorbringen, und jenseits der fruchtschweren Ebene den Münsterberg von Straßburg. Eine Stichbahn zweigt hier ab in das Erholungsgebiet der Schwarzwald-Hochstraße, nach Oberbühlertal. Die Kraftpost führt in angenehmen Verbindungen zu den Kurhäusern und großen Hotels an der Schwarzwald-Hochstraße.

Die Vorzüge der Lage sind offenbar. Die Fülle der schönen Möglichkeiten ist betörend. Aber der namensgebende „Bühl“, auf dem das Städtchen liegt, zeitigte auch im Zusammenhang seiner besonderen Gegebenheiten die Frucht, die neben der Rebe heute die Wirtschaft dieses Landstriches bestimmt.

Niemand weiß zu erklären, wieso hier am Hang der Hügel vor hundert Jahren plötzlich ein Baum einen Monat früher als gewöhnlich reife Früchte trug. Zwar gibt es in Bühl große Prunologen (*prunus domestica* — die Hauspflaume oder Zwetsche, laut Schmeißl), die ihren wissbegierigen Gästen unter einem der behängenen Bäume ein naturwissenschaftliches Privatissimum über jenen geheimnisvollen Vorgang der „sprunghaften Mutation“ halten, die nach ihrer Theorie gerade an dieser Stelle plötzlich vor rund einem Jahrhundert den erstauten Züchtlern und Verteilern die Bühler Frühzwetschge in den Schoß fallen ließ. Wiewohl andere Stimmen dafür halten, die edle Frucht sei im Grunde nur ein frühreifer Bastard, eine nicht mehr ganz nachkontrollierbare Kreuzung aus einer südländischen Pflaume und einer einheimischen Hauszwetschge. Aber die gewichtigste Meinung im Chor der Zwetschenforscher behält doch der ortsanässige Biologe, der auf Grund der „Echtheit“ der Wurzelstöcklinge die Folgerung eben der „sprunghaften Mutation“ zieht. Denn, so argumentiert er, wäre sie ein Bastard, so müßten ja einmal wieder die ursprünglichen Früchte durchschlagen. Aus dem Wurzelstockling der Bühler Frühzwetschge wächst aber immer wieder eine Frühzwetschge.

So ist die erste lapidare Feststellung, die in Bühl zu treffen ist: hier wachsen ja gar keine Pflaumen! Was Norddeutschland mit dem Einheitswort Pflaume bezeichnet, das ist in Bühl etwas sehr Differenziertes. Pflaume heißt dort nur eine ganz unbedeutende Nebenform, nämlich die schon seit Tagen reife, etwas wässrig schmeckende runde Frucht, die allerdings auch ihren Superlativ beansprucht, denjenigen, die allerfrüheste ihrer Gattung zu sein.

Was jedoch eine echte Bühler Frühzwetschge ist, das „spitzt seine Backen“. (Die Bauern, die am Abend vor ihren Haustüren stehen, gebrauchen dafür eine noch etwas volkstümlichere Bezeichnung). Noch hängen die echten, die ovalen, Bühler Frühzwetschen in ganzen Bündeln im Laub.

Sind sie erst ausgereift, so werden sie später jenen pflaumenähnlichen, frisch-aromatischen und kernigen Geschmack besitzen, der sie noch in der Erinnerung auszeichnet. Sie gleichen darin ihren Lützel-sachsenener Schwestern, die unter ähnlichen Bedingungen am Hang der Bergstraße wachsen. Die wunderbare Festigkeit ihres Fleisches qualifiziert die Bühler Frühzwetschge besonders zum Versand. Denn frisch essen sollte man sie, läßt sich auch aus ihr das berühmte Mus bereiten, das die Kenner beiderlei Geschlechts als Latweg schätzen, und wandert auch, was fällt, an Ort und Stelle ins Faß, um, auf die ortsüblichen 50—52% gebrannt, ein hocharomatisches Zwetschenwasser zu ergeben.

Die Haupternte hat begonnen und schon fahren die Obst- und Expeditzüge der Bundesbahn täglich mit den Früchten des Mittelbadischen Obstparadieses nach dem Norden. Der Abstand zur Spätzwetschge beträgt etwa einen Monat. Natürlich versuchen die Züchter nach beiden Seiten hin Brücken zu schlagen. Doch was sie neben ihrer Frühzwetschge noch pflanzen an den verschiedensten Spielarten — bekannt ist die Pflaume „Gute von Brie“ — über die kleinen gelben Mirabellen und die großen grünen Reineclauden (welche beide man auch „Haferpflaumen“ nennt) bis zu den Spätzwetschen der Mosbacher Art, das sind alles nur Begleitscheinungen und Lückenbüsser. Markttechnisch ist die Bühler Frühzwetschge die bewußt kultivierte Einheitsfrucht der Landschaft.

In der Sprache der Zahlen läßt sich die Bedeutung dieser Bühler Marktfucht be-

liefern mit 7000 Zentnern täglicher Ernte, was bei einer Hauptanlieferungszeit von 25 Tagen 175 000 Zentner durchschnittliche Jahresernte allein an Frühzwetschen ergibt, wozu noch einmal etwa die Hälfte dieser Menge an anderen Frühobstsorten hinzukommt, vor allem Erdbeeren, Kirschen und Himbeeren. Legen wir einen mittleren Erzeugerpreis von 15 DM je Zentner Frühzwetschen zugrunde, so kommen wir auf einen Jahresumsatz von fast 3 Millionen DM allein für Frühzwetschen. Allerdings drückt die Überflutung des deutschen Marktes mit ausländischem Obst die Preise. Die Rekorderte des Jahres 1949 hatte diesem Gebiet noch über 15 Millionen DM für Frühobst eingebracht und in diesem Jahr rechnete man wieder mit einer Rekorderte von 1/4 Million Zentnern.

Was Wunder, wenn sich um diese Haupternte ganz spontan ein großes Volksfest rankt, eine Art Erntedankfest für die „blaue Königin“ dieser Landschaft. Dieses Bühler Zwetschenfest soll auch dieses Jahr mit allem Gepränge, das einer Königin gebührt, vom 11.—13. August gefeiert werden: mit einem großen Festzug, in dem sich die Kräfte dieser Landschaft als die huldvollen Majestäten einer Zwetschenkönigin und einer Weinkönigin personifizieren; mit sportlichen und künstlerischen Darbietungen auf der Festwiese, mit Festzeiten und Musikkapellen, mit Illumination der Burg Windeck und des Bühler Münsterturnes; mit einem lebendigen Anschauungsunterricht in Volkstrachten; mit flatternden Stadtfahnen, die schon, ehe sie eine Bühler

Frühzwetschge gab, blau-gold-blau, die Zwetschenfarben, entrollten; mit Zwetschenledern voller derber Anspielungen und Sprüchlein der Kinder, die wie Abzählreime klingen („Q—, — u—, — etsche, Quetsche“), und unerhörtem Verbrauch von heimischem Zwetschenwasser und heimischem Wein.

Zu den Sehenswürdigkeiten von Bühl gehören — außer dem hübschen Rathaus, in das der „wunderbare, lastende spätgotische Turm der alten Kirche (des Baumeisters von Maulbronn) mit dem Fischblasenmaßwerk seiner luftigen Balustrade hineingebaut ist, und dem Storchennest auf dem steigenden Füllgrat der Turmspitze der „reißbrettgotischen“ neuen Kirche — die Obstgroßmarkthalle, der lebhafteste Markt daneben im Freien, die Wege unter Zwetschenbäumen zwischen den Bauerngärten, in denen Phlox und Tagetes blühen, und die historische Stätte vor dem Hof des weiland Josef Brommer, in Kappelwindeck, wo sich an dem Abben der heutigen Bühler Frühzwetschenbäume vor rund hundert Jahren die „sprunghafte Mutation“ begab, deren marktmäßiger Anbau in Verbindung mit dem alten Marktrecht (seit 1403) Bühl zu einem der großen Mittelpunkte des deutschen Frühobstbaues und diesen Landstrich zur „goldenen Au“ gemacht hat.

Es gibt in Bühl viel Streit um die Namen des ersten Pflanzers und des ersten Verkäufers der berühmten Frühzwetschge. „Aber darüber gibt's keinen Streit, daß die Bühler Frühzwetschge aus Kappelwindeck stammt“, so meint der Zwetschenfreund und unbeschwert vom Paradoxon und im Brustton des Stolzes, Louis Skulima

Baden das Land vielseitiger ökonomischer Kultur!

Im Verlag G. Braun in Karlsruhe ist unlängst eine „Badische Geschichte“ erschienen. Der Verfasser Rolf Gustav Haebler, — von Beruf ein Schulmann — zeigt uns darin die alemannischen und pfälzisch-fränkischen Landschaften am Oberrhein in ihrer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung. Rolf Gustav Haebler stand früher im politischen Leben, er war ehemals Mitglied des Bad. Landtags, und zwar als Abg. der SPD. Haebler hat sich mit der Herausgabe um die „Badische Geschichte“ sehr verdient gemacht. Sein Buch kann nur bestens empfohlen werden.

Zwei Stellen aber verdienen es besonders, hier festgehalten zu werden:

In dem Kapitel „Besetztes Land“ ist u. a. zu lesen:

„Selbstverständlich war es das Bestreben jedes Badeners, wieder zur gemeinsamen badischen Heimat zurückzufinden. Diesem Wunsch nach einer Wiederherstellung des alten Baden stellte sich eine andere Bewegung entgegen, die einen Zusammenschluß auf einer größeren Ebene erstrebte: Die Bildung eines Südweststaates durch Zusammenschluß der drei alten Länder Baden, Württemberg und Hohenzollern. Eine Volksbefragung im Jahre 1950, die aber keine staatsrechtlich bindende Entscheidung bedeutete, ergab eine Mehrheit in der gesamtbadischen Abstammung für die Wiederherstellung des alten Landes Baden.“

Unter diesen Umständen waren die Männer am Oberrhein, die den Wiederaufbau im geteilten Baden mutig übernahmen, vor schier unüberwindliche Schwierigkeiten gestellt. Wenn trotzdem ihre Arbeit von Erfolg gekrönt wurde, so war das ebenso dem Fleiß des badischen Volkes, seiner festen demokratischen Tradition, wie auch den noch erhaltenen Kräften der heimischen Wirtschaft zu danken. Denn wie auch immer die politischen Formen im oberrheinischen Raum sich gestalten mögen, eines wird immer sein: Die Landschaft und aus ihr stammenden produktiven Kräfte und der Mensch, der sie zu meistern

hat. Wie schon im achtzehnten Jahrhundert die badische Wirtschaft ihre landschaftsgebundene Eigenart entwickelte, wie sie im 19. Jahrhundert vorwärts schritt und zu einer bodenständig verwurzelten Industrialisierung führte, wie sie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sich trotz der Kriege und politischer Wandlungen festigen konnte, so wird auch in Zukunft Baden ein Land vielseitiger ökonomischer Kultur sein.“

Der Schlußabsatz dieser „Bad. Geschichte“ von Haebler aber lautet:

„So ist der Rhein, der so oft ein Schicksalsstrom in der Geschichte Badens war,

Heimatabend in Karlsruhe

Am Samstag, den 4. August 1951, abends 20.00 Uhr findet im Gasthaus zum „Elefanten“, Kaiserstr. 42, ein großer Heimatabend statt, auf den wir heute schon aufmerksam machen.

In einem neuen Sinn für das Land und seine Bewohner bedeutungsvoll geworden. Diese Bedeutung würde noch gewaltig gesteigert, wenn er nicht mehr Grenzstrom wäre, in einem neuen, geeinten Europa kann der Rhein zur Lebensader werden — für alle ihm anliegenden Völker und Länder. Dann erst wird die Landschaft am Strom ihre echte historische Sendung erfüllen, mit all ihrer Fruchtbarkeit und Schönheit, mit ihren Naturkräften und mit ihrer Technik und Wirtschaft, mit den Menschen, die hier leben und arbeiten: Heimatliebe und Weltoffenheit, die eine wesentliche Eigenart des Badeners ist, in sich einend, um allen in Freiheit zu dienen.“

Wir hoffen, daß der oberrheinische Raum nun in Bälde politisch wieder in die richtige Form kommt. Und genau so wie Baden in der Vergangenheit lebensfähig war, so wird es sicher auch in der Zukunft seine Lebensfähigkeit beweisen. Das badische Volk wird

in der Tat seine Aufgabe meistern, und dies ohne die Bevormundung durch die Württemberger. Jeder vernünftige und unabhängige Badener weiß auch, welche Aussichten die neue Zeit dem gesamten Oberrheingebiet entgegenbringt. Und gerade das gibt uns Badenern einen mächtigen Ansporn, uns mit äußerster Kraft für Badens Wiederherstellung einzusetzen.

„Badische Heimat“

Der Landesverein für Heimat- und Naturschutz, Denkmalpflege, Volkskunde, Familienforschung „Badische Heimat“ e.V., Freiburg, gibt seit über einem halben Jahr wieder die ausgezeichnete Zeitschrift „Badische Heimat“ Mein Heimatland heraus, die auf den Reichtum der heimatischen Kultur, die Geschichte des Badnerlandes sowie das Volkstum und die Denkmalpflege hinweist. Es sind mit viel Liebe zur badischen Heimat zusammengestellte Hefte, die jedes Mitglied des Landesvereins Badische Heimat kostenlos erhält. Badens Heimatschriftsteller und Kunsthistoriker kommen in dieser Zeitschrift zu Wort, die reich bebildert nicht zuletzt ein Unterrichtsmaterial für die badischen Schulen liefern. Wer sich für badische Heimatgeschichte und Badens Kulturdenkmäler interessiert, dem sei ein Beitritt zu dem Landesverein „Badische Heimat“ e.V. Freiburg, empfohlen, dessen Zeitschrift „Mein Heimatland“ weit über die Grenzen Badens hinaus Beachtung und Anerkennung findet.

An unsere Leser!

Die Wochenzeitung „Badaerland“ ist im Lande Baden überall an den Zeitungskiosken zu haben. Wer das „Badaerland“ für den Monat August ständig beziehen will, der wende sich an die Geschäftsstelle des Landesverbandes der Arbeitsgemeinschaft der Badener e.V., Karlsruhe, Kaiserstraße 86, Telefon 8446.

Herausgeber und verantwortlich: Landesverband der Arbeitsgemeinschaft der Badener e.V., Karlsruhe, Kaiserstraße 86, Telefon 8446. Die Wochenzeitung „Badaerland“ erscheint wöchentlich. Druck: G. Braun, GmbH, Karlsruhe.

Auf der Südweststaatswiese

Unter dieser Überschrift lesen wir in der in Koblenz erscheinenden Wochenzeitung „Rheinischer Merkur“ vom 20. Juli:

„Die nahezu 150jährige Tradition, die von den Anhängern der alten Länder gegen die blutgesetzliche Zwangssehe Badens mit Württemberg ins Feld geführt wird, hat Stuttgart nicht ruben lassen, bis es gleich eine 1500jährige südweststaatliche Supertradition dagegen erfinden konnte. Diese erstaunliche Ausdehnung der Südweststaatswiese in die Vergangenheit hinein erfand der schwäbische Heimatdichter August Lämmle, der während des Dritten Reiches dank seiner betont schlichten und knorrigen Blut- und Bodenlyrik das Senjoriat der braun gewordenen schwäbischen Dichterschule innehatte.“

Nun hat er sein literarisches Come back mit einer sinnigerweise in Karlsruhe ge-

druckten Propagandaschrift gefeiert, in der unter dem Titel „Ein vielmißbrauchtes Volk“ nicht weniger als vier Teilungen Schwabens beklagt werden, die es jetzt endlich zu überwinden gilt. Dieses polnische Schicksal der als „Waffengemeinschaft der soebischen Völker“ vorgeführten Alemannen sieht nach August Lämmle ungefähr so aus:

„Infolge des verlorenen Krieges von 406 verloren die Alemannen den nördlichen Teil ihres Landes an die Franken... Das war die erste Teilung Schwabens.“ Um 1100 teilten sich die Staufer und die Zähringer in den verbliebenen Rest. „Auch die Namen wurden geteilt: der stauferische Teil erscheint von da an unter dem Namen Schwaben, der Zähringer Teil unter dem Namen Alemannen. Das war die zweite Teilung. — Die dritte Teilung beginnt mit dem Eintritt der

Habsburger in die Reihe der schwäbisch-alemannischen Machthaber“, die vierte mit dem „Tagesbefehl Napoleons I.“

Fazit: „Daraus ergab sich auch die wirtschaftliche und kulturelle Unfruchtbarkeit“, die allerdings August Lämmle höchst-eigene Erfindung und hintersinnige Verleumdung Württembergs ist. Daß Baden und Württemberg drei Seiten weiter trotzdem „zu Kultur und zu wirtschaftlicher Blüte gelangen konnten, verdanken sie jenem ökonomischen Kunstgriff, daß, wo die räumliche Markung nicht ergiebig ist, die geistige Markung angebaut werden kann“, denn „in einem solchen Lande heißt es aufpassen, heißt es sich anpassen, mit Liebe und List dabei sein — bereit sein ist alles!“

Mit dieser vertrackten Mischung aus Hamlet und eingewachsenener hegeli-anischer „listiger Liebe“ äugt Lämmle in den badischen „Garten zwischen Basel und Hei-

delberg“. Er ermahnt seine „Rheinschwaben“, nicht allzuviel von der finanziellen Überlegenheit Nordwürttembergs zu reden, denn „wenn zwei einander heiraten wollen, und eines redet von seinem Geld, ist es aus“. Doch auch im Badischen scheint Geld zu liegen, denn Lämmle stellt zwischendurch fest: „Die württembergische Energie ging seit dem Grafen im Bart und der Gründung der Universität Tübingen (1477) vertikal, ins Niemandland des Geistes.“

Lämmle möchte aus dieser reichlich zynisch betrachteten, unrentablen Vertikale des Geistes in die Horizontale der Materie vorstoßen. Man sollte seinen Ausflug auf die Südweststaatswiese in Baden gründlich lesen, denn er hat durchaus recht, wenn er einleitend verkündet: „Es ist aber wichtig, wenigstens das Wichtigste zu wissen, um das Richtige zu tun“, — denn „Möglichkeiten wurden erhört, Heimlichkeiten erkundet, Gelegenheiten genutzt!“